



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### G20 UND DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ERKLÄRUNG: PLÄNE IM BEREICH STEUERN

Am vergangenen Wochenende (22. bis 23.02.2014) stand u. a. im Rahmen des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbanker in Sydney der globale Standard zum automatischen Informationsaustausch der OECD auf dem Programm (siehe unten 1.).

In einer Erklärung zum 16. Deutsch-Französischen Ministerratstreffen, von dem wir bereits in der letzten Ausgabe des BID Steuerpolitik berichteten, wurde u. a. eine intensivere Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich der Wirtschafts-, Industrie-, Steuer- und Sozialpolitik vereinbart. Im Steuerbereich wurde insbesondere der gemeinsame Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroptimierung genannt (siehe unten 2.).

#### 1. G20-Treffen der Finanzminister und Notenbanker

Zur Stärkung des globalen Wachstums haben die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 am vergangenen Wochenende u. a. vereinbart, Politikmaßnahmen zu entwickeln, die das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der G20 innerhalb der nächsten fünf Jahre um mind. 2 % über das gegenwärtig prognostizierte Maß heben.

Zudem wurde in der gemeinsamen Erklärung der G20 u. a. die Bedeutung des neuen globalen Standards zum Informationsaustausch der OECD hervorgehoben. Bis zum nächsten Treffen im September sollen Verhandlungen mit allen relevanten Parteien aufgenommen werden, um die Umsetzung des Standards voranzutreiben. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

#### OECD VERÖFFENTLICHT KOMMENTARE ZU IHREM ÜBERARBEITETEN DISKUS- SIONSPAPIER-ENTWURF ZU TECHNISCHEN ÄNDERUNGEN FÜR DAS NÄCHSTE UPDATE DES OECD-MUSTERABKOMMENS IM STEUERBEREICH

Dieser Entwurf enthielt zahlreiche Vorschläge zu technischen Änderungen der zuständigen Arbeitsgruppe der OECD zu dem bestehenden Musterabkommen. Beispielsweise sind in dem Entwurf Definitionen spezifiziert und Kommentare u. a. zu Zinserträgen erweitert worden. Das Update des OECD-Musterabkommens im Steuerbereich soll in diesem Jahr finalisiert werden. Die Kommentare hierzu (u. a. von Deloitte LLP UK) wurden nun veröffentlicht.

Hintergrund: <http://goo.gl/8YruwX>

## EDITORIAL

Liebe Leser,

die Entwicklungen der vergangenen Woche untermalen erneut, dass dem Thema Steuerhinterziehung der Garaus gemacht werden soll. So haben sich die Finanzminister der G20 sowie die Deutsch-Französischen Konsultationen erwartungsgemäß dem Thema gewidmet und in Erklärungen die anstehenden Vorhaben adressiert. Der Steuerabteilungsleiter im Bundesfinanzministerium Sell betont, dass die Selbstanzeige im Steuerrecht erhalten bleiben, die Anforderungen jedoch erhöht werden sollten. Maßnahmen und Diskussion zeigen Wirkung mit Dominoeffekt bei Banken und Steueroasen: Länder wie Liechtenstein wollen zurück auf den Weg der Tugend. Die Schweizer Bank UBS ist offenbar bereit, 200 Mio. Euro – die höchste jemals von einer Bank an Deutschland erfolgte Strafzahlung – wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu zahlen. Die Ermittlungen gegen die UBS wurden 2012 nach einem Ankauf einer Daten-CD eingeleitet. Die Legitimität des Ankaufs von Steuer-CDs ist in dieser Woche durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, Steuer-CDs nutzen zu dürfen, bestätigt worden. Die Schlinge zieht sich weiter zu.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

## CONTENT

### → TOP-ISSUES ..... 1 – 10

### → OUTGOING ..... 11

vom 24.02. bis 28.02.2014

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Reformpläne der Bundesregierung zur strafbefreienden Selbstanzeige für Steuerhinterziehung

Antwort der Bundesregierung: Umsatzsteuerbetrug im Strom- und Gashandel

u. a.

### → BFH-ENTSCHEIDUNGEN ..... 12

vom 26.02.2014

### → BMF-SCHREIBEN ..... 13

vom 21.02. bis 27.02.2014

### → STATUS ..... 14 – 16

zum 28.02.2014

Entscheidung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland

Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigungen

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING ..... 17

vom 01.03. bis 07.03.2014

**Bundestag:** keine Sitzung, nächste Sitzungswoche 10. – 14.03.2014

**Bundesrat:** keine Sitzung, nächste Sitzung 14.03.2014

**Stakeholder:** keine steuerpolitisch relevanten Termine

## EU JOINT TRANSFER PRICING FORUM: „REPORT ON COMPENSATING ADJUSTMENTS“

Ende Januar 2014 hat das „EU Joint Transfer Pricing Forum“ (EUJTPF) den sog. Report on Compensating Adjustments als zusammenfassenden Bericht bezüglich der Behandlung von nachträglichen Einkunfts-korrekturen verbundener Unternehmen veröffentlicht. Der Bericht basiert auf der Auswertung eines in 2011 an die EU-Mitgliedstaaten versendeten Fragebogens zur jeweiligen Handhabung von sog. Compensating Adjustments. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

---

## BERICHT DER EU-KOMMISSION ÜBER VERFAHREN ZUR ERHEBUNG UND KONTROLLE DER MEHRWERTSTEUER

Am 12.02.2014 legte die EU-Kommission dem EU-Parlament und dem EU-Rat einen Bericht über die Erhebung der Mehrwertsteuer vor. Dieser Bericht ist der siebente der Reihe und zielt auf die Messung der Verbesserungen bei der Mehrwertsteuerverwaltung insbesondere der Mehrwertsteuerkontrolle und -erhebung in den Mitgliedstaaten ab. Der Bericht soll als Möglichkeit gesehen werden zu prüfen, ob gem. Art. 12 Abs. 2 der Verordnung 1553/891 ggf. Verbesserungen der Verfahren in Aussicht genommen werden können, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Nachfolgend werden die wesentlichen Empfehlungen der EU-Kommission erläutert. (...)

---

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

---

**Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:**

## BERICHT DER EU-KOMMISSION ÜBER DIE ANWENDUNG DER VERORDNUNG ZUR ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGSBEHÖRDEN IM BEREICH DER MEHRWERTSTEUER

---

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 8](#)

---

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

[www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN [mail@bid.ag](mailto:mail@bid.ag)



**PROBEABONNEMENT**

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔ .....

Unternehmen/Institution \_\_\_\_\_

Ansprechpartner \_\_\_\_\_

Funktion \_\_\_\_\_

Telefonnummer \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) \_\_\_\_\_

**PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE**

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: [www.bid.ag](http://www.bid.ag)

**REDAKTION**

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

**Dr. Sandra Busch-Janser**  
[sbj@bid.ag](mailto:sbj@bid.ag), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

**für Energiepolitik:**  
Moritz Hunger, [mh@bid.ag](mailto:mh@bid.ag), -26

**für Gesundheitspolitik:**  
Roberta Wendt, [rw@bid.ag](mailto:rw@bid.ag), -27

**für Netzpolitik:**  
Aylin Ünal, [au@bid.ag](mailto:au@bid.ag), -25

**für Steuerpolitik:**  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@bid.ag](mailto:tw@bid.ag), -20

**IMPRINT**

Herausgeber: polisphäre e.V.  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphäre.eu](mailto:berlin@polisphäre.eu)  
[www.polisphäre.eu](http://www.polisphäre.eu)